

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Geschäftsstellen und dem Ausgabeposten 2 Mk. im Voraus, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Abnehmer außerhalb des Bezugsgebietes sind verpflichtet, die Postgebühren zu zahlen. Die Verantwortlichen sind: Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion befindet sich in Wilsdruff. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff. Die Anzeigen werden in Wilsdruff, Forstentamts Thorand, Finanzamts Rosen.

Nr. 113. — 85. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 17. Mai 1926

Pilsudski Herr von Polen.

Die Umwälzung.

Ein gelungenes Putsch also — das war in Polen nicht der erste Putsch, der glückte. Die Dinge wiederholen sich in der Weltgeschichte, zwar nie in gleicher Form, wohl aber in Ähnlichkeiten. Der wilde Chauvinismus dieses polnischen Volkes hat ihm den Blick für politische Möglichkeiten immer verschleiert, hat es die Wirklichkeit nie so sehen lassen, wie sie ist, sondern immer nur so, wie man sie sich — vorstellte. Mit dem deutschen Nachbar hat man sich nun seit fast Jahresfrist in einem Völkerringe eingelassen und dabei nicht sehen wollen, welche verheerenden wirtschaftlichen Folgen das gerade für Polen haben mußte, von dem Deutschland nicht weniger als fast 50% der Gesamtausfuhr aufnimmt. Und über die innere Bruchigkeit konnte selbst die verhältnismäßig glänzende außenpolitische Rolle nicht hinwegtäuschen, die dieser verhasste Liebling Frankreichs noch in Locarno, in Genf und hernach spielen konnte. Graf Strzyński, der Leiter dieser Außenpolitik, ist jetzt ebenso hinweggesetzt worden wie das stärker nach rechts — zum Übernationalismus hindrängende Kabinett Witos. An und für sich war es gewiß nicht ungeschickt, durch nationalstiftenden Lärm, durch wilde Deuschelverfolgungen wie in Ost-Oberschlesien die Aufmerksamkeit etwas von der inneren Misere abzulenken. Aber schließlich ist eine solche nationalistische Begeisterung auch nicht gerade eine Pöbelware von unbegrenzter Dauerhaftigkeit, namentlich dann nicht, wenn Bürger und Bauer jeden Tag ein weiteres Sinken des Blutes verspüren.

Dazu kamen acht polnische Zustände im Heer, das vor allem einen unerbittlichen Überfluß an politisierenden Generalen hatte, — gleichgültig, ob das Haller, Pilsudski oder andere waren. Derartige ist immer das Verhängnis Polens gewesen und die gestürzte Regierung Witos wird jetzt ihre Schwäche verwünschen, durch die sie sich verhindern ließ — um das Palladium Polens, die „großartige“ polnische Armee, sich nicht vermindern zu lassen —, in diese Wühlereien und Treibereien einzugreifen. Und dabei hatten alle diese Generale eine anscheinend erfolgreiche Politik getrieben, gegen Deutschland natürlich, was nicht übermäßig schwer war, weil sie dabei die tatkräftige Unterstützung der Entente genossen — da konnten sie sich billige Lorbeeren holen.

Nun hat Pilsudski das Rennen gemacht, er, der als alter Sozialist in letzter Zeit immer heftigerer Gegner der übernationalistischen Entwicklung geworden war. Doch das hätte nicht genügt, ihm, dem militärischen Abgott und dem unerschrockenen Politiker, den Sieg in die Hand zu spielen, wenn man nicht in Polen einfach nach dem Verzeihungsbedenken sich einschließen hätte: egal, was kommt — schlechter kann's doch nicht werden. Und daß Pilsudski ein Mann von großen Fähigkeiten ist, hat er in 20 Jahren bewiesen. Wir Deutsche mögen das grundsätzlich begrüßen, daß unter dem Einfluß Pilsudskis eine weniger antideutsche Politik betrieben werden wird, obwohl man allerdings nicht wissen kann, ob die unteren Behörden nach dieser Richtung hin den Befehl der oberen befolgen werden. Infolgedessen kann aus dem einstweiligen Erfolge Pilsudskis für uns Deutsche ein gewisse Erleichterung der Lage herauswachsen. Aber man kann als Deutscher die jetzigen Geschehnisse auch von einer ganz anderen Seite aus betrachten und sie dann weniger begrüßen, dann nämlich, wenn man die Überzeugung hat, daß die ungehörige Fortsetzung der bisherigen Politik glatt zu einer vierten Teilung Polens geführt hätte! Das ist ein Gedanke, das ist ein Wort, das ist eine Überzeugung, die nicht in deutschen Kreisen entstanden ist, sondern das ist ein Wort, das in einem französischen Buche der jüngsten Vergangenheit geschrieben steht. Natürlich hat das in Polen größte Aufregung verursacht. Aber schließlich ist vor 150 Jahren den polnischen Schmachzigen oft genug, aber eben so vergeblich die Wahrheit gesagt worden, bis sie ihnen zur niederschmetternden Wirklichkeit wurde. Und jetzt sind mehr Mächte da, die bei einer Teilung zugreifen möchten und zugreifen können. Vielleicht wird auch einmal in Polen das Sprichwort wahr, daß Gottes Mühlen zwar langsam mahlen, aber schrecklich klein —, ein Staat, der auf Gewalt und Raub sein Dasein aufbaut, besitzt als Grundlage nicht die geschichtlichen Kräfte, die jedem Volke das Dasein bestimmen.

Bisherige polnische Regierung abgedankt.

Die zuerst zweifelhaft gebliebene Nachricht, die polnische Regierung Witos habe fluchtartig Warschau verlassen, bestätigte sich später. Die Minister bemühten zu ihrer Flucht Flugzeuge. Der Staatspräsident fuhr im Auto ab, nachdem der Widerstand der Regierungsstruppen

von den Regimentsern Pilsudskis gebrochen war. Pilsudski blieb vorläufig unbestrittener Herr von ganz Warschau einschließlich des Regierungspalastes Belvedere, der in der Nacht auf Sonnabend besetzt wurde. Die Regierungsgewalt ging auf ein Dreimännerkollegium mit Marschall Pilsudski an der Spitze über. Ihm zur Seite steht der bisherige Außenminister Strzyński und der Professor Bonikowski.

Sejmarschall Rataj hat vom Präsidenten der Republik ein Schreiben erhalten, in dem der Präsident ihn davon in Kenntnis setzt, daß er das Amt des Staatspräsidenten niederlegt und verfassungsgemäß die Rechte des Präsidenten auf den Sejmarschall überträgt. In einem zweiten Schreiben an den Sejmarschall bittet die gesamte Regierung um Annahme ihrer Demission. Der Sejmarschall hat die Demission angenommen und erklärt, die neue Regierung werde alsbald gebildet werden.

Kriegszustand über ganz Polen.

Aber ganz Polen ist der Kriegszustand verhängt worden. Die Aufstandsbebewegung hat sich von Warschau aus auf das Gebiet der ehemaligen Provinz Westpreußen ausgedehnt. In Thorn begab sich eine Delegation der Arbeitlosen zu dem Wojwoden Dr. Wachowial und forderte Arbeit und Brot. Ein großer Demonstrationenzug begab sich vor das Gebäude des Wojwoden unter den Rufen „Es lebe Pilsudski“. Erst durch das Eingreifen berittener Mannschaften gelang es, die Demonstranten zu zerstreuen. Der Legationsgeneral Haller ist in Thorn eingetroffen und hält Beratungen mit dem Wojwoden und den Generalen ab zum Zwecke der Bildung einer nationalen Garde Polens.



Marschall Pilsudski.

Rückzug der Regierungstruppen.

An die der gestürzten Regierung aus der Provinz zu Hilfe geeilten Truppen, die ihren Aufmarsch rings um Warschau fortgesetzt hatten, ist der Befehl ergangen, sich in Ordnung in ihre Garnisonen zurückzuziehen. Auf Grund der in langen Verhandlungen zwischen Pilsudski und dem Sejmarschall Rataj erzielten Verständigung erwartet man in Warschau, daß die Provinz der von Wojciechowski und Witos ausgegebenen Parole Folge leisten wird und so weiteres Blutvergießen vermieden

werden kann. Auf die Nachricht von dem Siege Pilsudskis und der Abdankung des Kabinetts haben die Gewerkschaften den proklamierten Generalstreik abgeblasen.

Der größte Teil der bisherigen Regierungstruppen ist in Auflösung begriffen sein. Aus allen Teilen des Landes laufen Kundgebungen für Pilsudski ein und die Meldungen von Freiwilligen mehren sich fortgesetzt. In einer Kundgebung an die Öffentlichkeit über die Notwendigkeit und Ziele seines Vorgehens erklärt Pilsudski, daß er den Kampf nur in Sorge um das Wohl des Landes aufgenommen habe. Die Beendigung des Kampfes hat allgemeine Zustimmung gefunden, die insbesondere durch die Demonstration einer vieltausendköpfigen Menge in Warschau zum Ausdruck kam.

Bei den Kämpfen in Warschau sollen 800 Mann gefallen und 20 000 verwundet worden sein.

Regierungsbildung in Warschau.

Pilsudski Herr der Lage.

Der Sejmarschall Rataj hat die Regierungsgeschäfte übernommen und sofort die Bildung der Regierung begonnen. Bisher sind folgende Ernennungen erfolgt: Außenminister Graf Strzyński, Eisenbahnminister der sozialistische Abgeordnete Paniel, Minister für Schul und Bildungswesen der Abgeordnete Bonikowski. Die Sozialdemokraten werden ferner noch die Abgeordneten Woracjewski und Daszynski in das neue Kabinett entsenden. Gleichzeitig hat sich Pilsudski, der, wie es heißt, das Ministerium für Seerwesen übernommen hat, bereit erklärt, den Kampf einzustellen und die Truppen nach ihren Garnisonen zurückzubefehlen. Die Kämpfe bei Gzenstochau endeten damit, daß die regierungstreuen Truppen des Generals Galich zu Pilsudski übergingen.

Eine weitere Meldung besagt: Die Sozialistische Partei wird dem neuen Kabinett nicht beitreten, da sie die Zusammenarbeit mit rechts ablehnt. Die Sozialisten fordern die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung mit gleichzeitiger Änderung der Politik gegenüber den nationalen Minderheiten, ferner sofortige Auflösung des Sejms und des Senats sowie Kandidatur Pilsudskis zum Staatspräsidenten. Das neue Kabinett soll nur acht Tage im Amt bleiben bis zur Einberufung der Nationalversammlung und Wahl des Staatspräsidenten. Sejm und Senat werden vor der einzuberufenden Nationalversammlung nicht mehr tagen.

Wieder Ruhe in Warschau.

In Warschau war zu bemerken, daß die Bevölkerung sich zum größten Teil beruhigt hatte. Eine große Anzahl Geschäfte, die in den letzten Tagen geschlossen hatten, war wieder geöffnet, nachdem Pilsudski in einem Dekret erklärt hatte, daß die Polizei dafür Sorge tragen werde, die Ruhe in der Stadt aufrechtzuerhalten. Nur ein Teil der Banken war noch geschlossen, wahrscheinlich aus Angst vor Plünderungen. Beruhigend wirkte hauptsächlich die Nachricht des „Robotnik“, daß der Streik zurückgezogen worden sei. Dagegen hört man von Zeit zu Zeit, hauptsächlich in den Nachstunden, weit von der Stadt Schießen.

Dr. Marx an der Spitze des Reichskabinetts.

Marx mit der Kanzlerschaft betraut.

Ein Brief Hindenburgs. — Adenauer ergebnislos. Reichspräsident von Hindenburg empfing Sonnabend den Reichswehrminister Dr. Gessler zur Berichterstattung über seine Fühlungnahme mit dem Oberbürgermeister Dr. Adenauer, der auf Wunsch der Zentrumsfraktion des Reichstages aus Köln in Berlin eingetroffen war, und seine anschließende Besprechung mit den Mitgliedern der geschäftsführenden Reichsregierung. Im Laufe des Abends richtete der Reichspräsident an den Reichsjustizminister Dr. Marx das nachstehende Schreiben:

„Sehr verehrter Herr Reichsjustizminister! Aus den Berichten, die der von mir mit der Klärung der politischen Lage betraute Reichswehrminister Dr. Gessler mir erstattet hat, habe ich ersehen müssen, daß eine Änderung der parteipolitischen Verhältnisse und Zusammenfassung entweder überhaupt nicht oder nur nach langwierigen, im Erfolgs zweifelhaften Verhandlungen erreicht werden könnte. Eine solche lange Regierungskrise verträgt aber die gegenwärtige Lage des Reiches nicht. Es erscheint mir daher zur Überwindung der gegebenen Schwierigkeiten und zur Lösung der vor uns liegenden Aufgaben notwendig, daß die bisherige Reichsregierung ihre Tätigkeit unter neuer Führung fortsetzt, und ich bitte Sie daher, Herr Reichsminister, als das älteste Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der größten in ihr enthaltenen Partei, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen.“

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich Ihr ergebener gez. von Hindenburg.“

Berlin. Am 6 Uhr trat dann das Zentrum nochmals zu einer Fraktionsitzung zusammen. Dabei wurde Kenntnis gegeben von folgendem

Ergebnis der Besprechungen mit der Deutschen Volkspartei:

1. Die bestehende Regierungskrise müsse unverzüglich gelöst werden. Deshalb seien beide Parteien bereit, in ein Minderheitskabinett einzutreten.
2. Es bestehe Übereinstimmung darüber, daß die außen- und innenpolitische Lage mit möglicher Beschleunigung die Schaffung einer Regierung erfordere, die sich auf eine Mehrheit des Reichstages stütze.
3. Für die Mehrheitsbildung könnten nur Parteien in Frage kommen, die die Rechtsgültigkeit bestehender internationaler Abmachungen anerkennen und für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik eintreten.

Nach dreistündiger Abendstimmung wurde dann der Beschluß gefaßt, daß die Zentrumsfraktion an den Reichsjustizminister Dr. Marx die Bitte richte, das Amt des Reichskanzlers anzunehmen. Dr. Marx begab sich darauf zum Reichspräsidenten v. Hindenburg und wurde von ihm endgültig als Reichskanzler mit der Leitung des Reichskabinetts in seiner bisherigen Zusammenfassung betraut.

Warum Adenauer verzichtete.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer bestätigte in einer Erklärung, daß er auf Wunsch der Zentrumsfraktion zu Verhandlungen mit ihr über eine Lösung der Regierungskrise nach Berlin gekommen sei. Eine wirklich ersprießliche Regierung hielt er bei den außerordentlich schwie-